

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachmittags um 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Ein Abonnement in der Reichweite und den Umgebungen 2 Mk. im Monat, bei Zahlung durch die Post 2,30 Mk., bei Vorbestellung 2 Mk. 50 Pf. jährlich 24 Mk. 50 Pf. 15 Wk. alle Wochenblätter. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. In den Umgebungen und in den Reichweiten sind die Preise entsprechend zu erhöhen. Im Falle höherer Gewinne, Krieg oder sonstiger Verhältnisse sind die Preise vorbehalten. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Druck- und Färbung des Tagesblattes nicht verantwortlich. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Abzugspreis: die 3 gezeichneten Nummern 20 Goldpfennige, die 4 gezeichneten Teile des amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennige, die 3 gezeichneten Reklameblätter in zeitlichen Teile 100 Goldpfennige. Redaktionspreis für 20 Goldpfennige. Sonstige und Sonderleistungen nach Vereinbarung. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Richtigkeit der Druck- und Färbung des Tagesblattes ist nicht verantwortlich. Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Nr. 14. — 86. Jahrgang.

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Dienstag den 18. Januar 1927

## „Moralische Abrüstung.“

Frankreich macht uns einen Vorwurf daraus, daß wir nicht „moralisch abrüsten“. Auch Poincaré warf es uns vor, als er die französischen Truppen in das Ruhrgebiet einrückte. Und soeben erklärte eine Friedenskommission in Paris, die eine große Tagung abgehalten hat, Frankreich könne nicht auf die materiellen Friedensgarantien aus dem Versailler Vertrag verzichten, solange in Deutschland „die Abrüstung der Geister nicht durch die Durchführung eingegangener Verpflichtungen eine bewiesene Tatsache sei“. Deutscherseits wird man natürlich sofort erwidern, daß wir die Verpflichtungen, die wir eingegangen sind, nicht bloß reiflos erfüllt haben, sondern daß man darüber hinaus uns Leistungen auferlegt und von uns erwartet, die weit über die Verpflichtungen des Versailler Vertrages hinausgehen.

„Abrüstung der Geister.“ Auch in Deutschland gibt es Kreise, die diese Abrüstung predigen und den Andersdenkenden einen Vorwurf daraus machen, daß sie nicht „abrüsten“ wollen. Darüber hinaus gibt es sogar Leute, die es geradezu Frankreich empfehlen, an der Befestigung des Rheinlandes, an den Bestimmungen des Versailler Vertrages festzuhalten, solange Deutschland nicht moralisch abgerüstet habe. Der Führer der demokratischen Partei in Deutschland, Dr. Brüning, hat demgegenüber auf dem internationalen Kongress der demokratischen Partei in Karlsruhe, an dem auch Franzosen teilnahmen, das außerordentlich charakteristische Wort geprägt, daß er den Franzosen zurief: „Schickt halt 60 000 Offiziere und Soldaten 60 000 Studenten nach Deutschland; diese werden Eroberungen machen, die fester und dauerhafter Natur sind.“

Gewiß ist das Gefühl dafür, daß die Scheidung der Geister durch die Grenzen des Volkstums, durch die Grenzen überhaupt nicht mehr so schroff und so unüberbrückbar sein kann, wie das früher der Fall gewesen ist, nicht mehr Meinung einiger Weniger, sondern der Aufeinanderprall der Nationen im Weltkrieg hat als das gegenteilige Empfinden erzeugt, daß es trotz aller Verechtigung nationaler Daseins und Lebens doch Interessen gibt, die über die nationale Begrenztheit hinausragen. Diese allgemeinen Interessen sind nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch ideeller Natur. Die Idee einer Befriedung ist an und für sich zu billigen, sofern sie davon ausgeht, daß das erste das Eigenleben der Nationen ist. Was für weite Kreise die Friedensbestrebungen erschwert hat, ist der Umstand, daß man eben das Eigenleben der Nation zurückstellen will hinter die Verwirklichung der allgemeinen Idee des Friedensausgleiches. Für das natürliche Empfinden eines jeden Deutschen ist es eben unerträglich, daß auf dem Boden des Deutschen Reiches fremde Mächte „60 000 Offiziere und Soldaten“ stehen haben, — und in diesem Empfinden sind sich alle Deutschen gleich von rechts bis links. Außerdem haben alle Deutschen die Empfindung und die Gewißheit, daß Deutschland so weitgehend, wie es in seiner Kraft stand, die Verpflichtungen erfüllt hat, die es übernommen, und daß es darum ein völlig unberechtigter Vorwurf ist, von uns eine „moralische Abrüstung“ zu verlangen, obwohl wir den praktischen Beweis seit Jahren dafür geführt haben, daß wir eine „Revanche“ nicht beabsichtigen.

Überhaupt, — „Revanche“ ist ein französisches Wort. „Rache“ hat dem Deutschen immer ferngelegen und wird ihm immer fernliegen. Und wenn die Franzosen von Revanche sprechen, so mag daran erinnert sein, daß dieses Wort im politischen Leben als „Revanche pour Sabotage“ auftaucht, also Rache für das Geschehen von Sabotage, das die Franzosen gar nichts angeht. Erinnerung werden mag auch daran, daß die Revanche für den Ausgang des Krieges 1870 eine französische Ehrensache war, daß Jahr um Jahr die Statuen des Elsaß und Lothringens umkränzt wurden, solange, bis diese Gebiete wieder zu Frankreich gehörten.

Wieviehl ich können wir vergessen, was während des Krieges geschah, weil Krieg war. Aber wohl erst die nächste Generation wird vergessen können, was die Entente, Frankreich insbesondere, uns nach dem Kriege auf die Schultern legte. Es ist nicht leicht, zu vergessen, daß unter der Blockade während des Waffenstillstandes etwa 800 000 Deutsche des Hungertodes starben; es ist nicht leicht, darüber hinwegzusehen, daß auf deutschem Boden fremde Truppen stehen, und es ist untragbar für uns, daß diese fremden Truppen mit deutschen Leben ungestraft spielen dürfen. Solange ist an eine „moralische Abrüstung“ nicht zu denken, als der Deutsche vom Bürgersteig heruntertreten muß, wenn er einem französischen Offizier begegnet.

Wir wissen, daß die Zeit vorbei ist, da Deutschland in eigener Kraft und in eigener Rüstung seinen Platz in der Welt behauptete; wir wissen, daß alle Länder rings um uns stärker gerüstet sind als wir. Darüber hinaus wissen wir, daß das unerbittliche Ringen des Weltkrieges sich nicht wiederholen möge, und wir erstreben eine „Rache“ nicht — aber wir sind es nicht, die Frankreich bedrohen oder bedrohen wollen, und wenn man von uns eine „moralische Abrüstung“ verlangt, so soll man die Voraussetzungen schaffen, unter denen eine solche Abrüstung überhaupt nur möglich ist.

## Die deutsche Volkspartei lehnt die Große Koalition ab.

### Aussprache des Reichskanzlers mit Parteiführern.

Eine Rede des Grafen Westarp.

Der geschäftsführende Reichskanzler Dr. Marx hat die Verhandlungen zur Bildung einer Regierung aufgenommen. Zunächst wird er versuchen, gemäß einem Beschluß der Zentrumsfraktion des Reichstages eine Regierung der Mitte zu bilden. Dr. Marx empfing im Laufe des Montags den Vorsitzenden der Fraktion der Deutschen Volkspartei, Dr. Schulz, um sich von ihm über die Haltung der Deutschen Volkspartei zu einem Kabinett der Mitte unterrichten zu lassen. Weiterhin hatte Dr. Marx Besprechungen mit den demokratischen Führern Dr. Koch und Erlenz. Eine Aussprache zwischen Dr. Marx und den Fraktionsführern der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten soll erst dann stattfinden, wenn dem geschäftsführenden Reichskanzler die Ansichten der Deutschen Volkspartei über die Regierungsbildung zur Kenntnis gebracht worden sind. Eine besondere Rolle bei der Aussprache soll auch die Person des Reichswehrministers spielen.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei ist am Montag in Gegenwart des Parteiführers Dr. Stresemann zu einer Sitzung zusammengetreten, um über die politische Lage zu beraten. In dieser Sitzung berichtete auch Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius über seine Verhandlungen zur Herbeiführung einer Regierungskoalition der bürgerlichen Parteien. Der Vorstand sprach Dr. Curtius einstimmig Dank und Anerkennung für seine Bemühungen aus und billigte die von ihm unternommenen Schritte. Er bedauerte, daß diese Verhandlungen vorzeitig zum Scheitern gebracht worden sind. Der Vorstand sah in Erwartung etwaiger neuer Vorschläge des Reichskanzlers Dr. Marx von weiteren Beschlüssen zur Lage ab.

Große Beachtung hat in politisch-parlamentarischen Kreisen eine Rede des Grafen Westarp gefunden, die der Führer der Deutschnationalen Volkspartei auf der Reichsangetragenen Parteitagung der Partei hielt. Die Deutschnationalen, so sagte Graf Westarp, wollten vor allen Dingen der Jugend und der Erwachsenen den christlichen Charakter der Schule und Erziehung sichern. Man dürfe nicht vergessen, daß die Zeit des Kaiserreichs eine Zeit des Aufstiegs und des Glanzes gewesen sei, und man müsse danach streben, wieder zu einer Staatsform zu kommen, die alle nationalen Kräfte zusammenfasse und nach innen und nach außen zu vertreten verstehe. Die deutschnationale Forderung auf Befreiung Deutschlands von fremder Herrschaft müsse immer wieder erhoben werden, denn der Weg dazu liege nicht auch noch lang sei. Denn das Vaterland und seine Freiheit seien das Allerheiligste auf Erden.

Nach längerer Debatte fand eine einstimmige einstimmige Annahme in der der deutschnationalen Reichstagsfraktion der Dank für die Maßnahmen, die zum Sturz der Reichsregierung geführt hätten, ausgesprochen wird. Die Reichsangetragene Parteitagung erwartete von der Reichstagsfraktion, daß sie sich jedem Versuch, erneut eine Minderheitsregierung ins Leben zu rufen, widersehe und jede Regierung, die sich nicht auf eine feste Mehrheit mit Einschluß der Deutschnationalen stütze, mit allen parlamentarischen Mitteln bekämpfe.

## Frankreichs militärische Stoßkraft.

Militärische Ausbildung vor der Dienstzeit.

Bei einer in der Sorbonne abgehaltenen Veranstaltung des Nationalverbandes der Turn- und Sportvereine und der Vereine zur Vorbereitung auf den Militärdienst hat Kriegsminister Painlevé eine Rede gehalten, in der er es als eine der großen Lehren des Krieges bezeichnete, daß der Begriff der bewaffneten Nation zur Wirklichkeit werde. Wenn trotz aller unserer Bemühungen und gegen unsere Hoffnungen, so erklärte der Redner, eines Tages Frankreich ein Krieg aufgezwungen werden sollte, so würde dieser Krieg nicht durch ein aktives Heer zusätzlich einiger Reservisten geführt werden, sondern durch die Masse der mobil gemachten Reservisten selbst, die eine wirkliche nationale Armee bilden würden.

Die körperliche Ausbildung muß bereits in der Kindheit beginnen. Sie muß fortgesetzt werden während der Schulzeit und während des Fortbildungsschulunterrichts. Im Gegensatz zur körperlichen Ausbildung wird die eigentliche militärische Vorbereitung lediglich für den erwachsenen Menschen in Frage kommen. Diese militärische Vorbereitung soll zumindest zwei Jahre vor der Einstellung in das Heer beginnen mit dem Ziel, daß jeder, der zum Militär kommt, bereits körperlich durchgebildet ist, Märsche aushalten und schießen kann. Er soll durch diese Übungen der militärischen Vorbereitungszeit den Geschmack für freiwillige

## Die Ablehnung der deutschen Volkspartei.

Eigener Fernsprecheinstellung des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 17. Januar. Von volksparteilicher Seite wird bestätigt, daß die Deutsche Volkspartei eine Beteiligung an der Großen Koalition ablehne. Im Reichstote am Nachmittag umlaufende Gerüchte, daß der Abgeordnete Dr. Schulz am Montagabend zur weiteren Klärung der Lage ein zweites Mal von Dr. Marx empfangen würde, bestätigen sich nicht.

## Das Versailler Militärkomitee und die deutschen Restpunkte-Vorschläge.

Eigener Fernsprecheinstellung des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 17. Januar. Das Versailler Militärkomitee hielt heute nachmittags eine Sitzung ab, über die folgendes Kommuniqué ausgegeben wurde: „Das Komitee tagte heute nachmittags von 2,30 Uhr bis 5,30 Uhr. Es fand ein Meinungsaustrausch über die von den deutschen Delegierten am 14. Januar übergebenen Noten statt. Das Komitee beschloß, die mündlichen Verhandlungen mit General Pawelsz und Legationsrat Förster fortzusetzen. Die deutschen Vorschläge haben das Komitee nicht völlig befriedigt, das eine Änderung der Vorschläge verlangt wird. Die Verbindung zwischen dem Komitee und den deutschen Delegierten wird General Baratier aufrechterhalten. Die deutschen Unterhändler wurden heute nicht gehört. Die Mitglieder des Komitees werden die Sonderbesprechungen mit den deutschen Delegierten fortsetzen. Diese erstrecken sich zur Zeit besonders auf die Rechtsabteilung des Versailler Vertrages und weniger auf die einzelnen Punkte der Befestigungsanlagen. Die heutige Sitzung zeitigte keine endgültigen Ergebnisse, aber es ist wieder von einem Abbruch noch von einem Stillstand der Verhandlungen die Rede.“

## Neue Aufklärungen des General von Pawelsz.

Eigener Fernsprecheinstellung des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 17. Januar. Zu dem Stand der Restpunktebehandlungen wird von zuständiger deutscher Seite in Paris mitgeteilt: Nachdem das Militärkomitee die deutschen Vorschläge geprüft hatte, fand zwischen den deutschen Unterhändlern und General Baratier eine neue Besprechung statt, in der General von Pawelsz die erbetenen Aufklärungen über die deutschen Vorschläge gab. Die Verhandlungen werden fortgesetzt und nehmen einen normalen Verlauf.

## Belgien gibt seine Konzession in Tientsin heraus.

Eigener Fernsprecheinstellung des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Brüssel, 17. Januar. Wie verlautet, hat die belgische Regierung der chinesischen Regierung mitgeteilt, daß sie zur Herausgabe der belgischen Konzession in Tientsin bereit ist. Die belgische Regierung hat darauf an die belgische Regierung eine Danknote geschickt und darin bemerkt, daß eine Kommission bereits beauftragt worden ist, in Tientsin mit den belgischen Behörden über die Übergabe zu verhandeln. Diese Wendung in der belgischen Chinaspolitik ist für die Konzessionspolitik der übrigen Vertragsmächte von weitgehendster Bedeutung.

Disziplin und für die gemeinsame Überwindung von Schwierigkeiten sowie den Geschmack an edlen Wettkämpfen gewinnen. Das ist das Ziel, das die Turn- und Sportvereine und die Vereine zur Vorbereitung auf den militärischen Dienst verfolgen müssen.

Der Veranstaltung wohnten der Präsident der Republik, Ministerpräsident Poincaré sowie die Präsidenten von Kammer und Senat bei.

## Zahlen aus dem Reichsfinanzministerium

Personalstand und Kriegsbeschädigte.

Der Reichsfinanzminister hat dem Reichstag eine Übersicht über den Personalstand vom 1. Oktober 1926 überhandt. Danach ist vom 1. April bis 30. September 1926 1. bei den Hohenbehörden ein Personalverminderung von 1173 Beamten, dagegen eine Personalvermehrung von 827 Angestellten und 6159 Arbeitern, 2. bei der Deutschen Reichspost einschließlich der Reichsbroderei eine Personalvermehrung von 2484 Beamten und eine Personalverminderung von 2924 Angestellten und 1083 Arbeitern eingetreten.

Der Reichsfinanzminister hat dem Reichstag ferner eine Denkschrift der Beratungskommission für Auslandskredite für die Zeit ihrer Tätigkeit vom 1. Januar 1925 bis zum 30. September 1926 zugehen lassen. Die Denkschrift gibt einen Überblick über die zur